

Lernen für Deutschland

Großzügiger nie: Die auswärtige Kulturpolitik

Doch, es gibt Bereiche der Politik, in denen die Große Koalition ihre Aufgaben erfüllt, leise, schnell und effizient. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gehört dazu, für die es seit März 2006 einen Unterausschuss des Bundestages gibt. Im vergangenen Jahr rettete er das Goethe-Institut, das zu Zeiten der rot-grünen Regierung ökonomisch in eine so desperate Lage getrieben worden war, dass die Zahlungsfähigkeit ernsthaft bedroht war - und von Darbietungen deutscher Kultur im Ausland wollte schon gar niemand mehr reden. Jetzt glänzt das Goethe-Institut wieder, mit einem neuen Präsidenten, der von ganz großen Veranstaltungen spricht, und mit neuen Engagements vor allem im Nahen und Fernen Osten sowie in Afrika. Und der Unterausschuss macht weiter. In diesem Jahr stehen die deutschen Schulen im Ausland auf dem Programm, im kommenden Jahr werden es die Wissenschaften sein.

Am heutigen Freitag wird im Bundestag die jüngste Initiative dieses Ausschusses verhandelt: das Bekenntnis zu den deutschen Schulen im Ausland sowie zu ausländischen Schulen mit einer engen Bindung an Deutschland. Bisher gibt es 123 solcher Schulen, die über die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (also letztlich vom Innenministerium) betreut wurden, darüber hinaus existieren 461 sogenannte Partnerschulen in zusammen sechzig Ländern. Beider Zahl soll heftig vermehrt werden: auf insgesamt tausend Schulen. Schon im vergangenen Jahr wurde das für solche Unternehmungen zur Verfügung stehende Budget um 45 Millionen Euro auf insgesamt 225 Millionen Euro erhöht. Die Steigerung soll nicht die letzte sein: Von tausend Partnerschulen spricht der Ausschuss in seinem Antrag für den Bundestag, und weil Peter Gauweiler (CSU), dessen Vorsitzender, sich so gut mit Monika Griefahn, seiner Kollegin

von der SPD, versteht, wird es wohl auch so kommen. Es ist Jahrzehnte her, dass es die auswärtige Kulturarbeit in der Politik so leicht gehabt hat, und zum ersten Mal seit langer Zeit kann sie sich auf einen Außenminister verlassen, der ihr nicht nur wohlgesonnen ist, sondern sich, in eklatantem Unterschied zu seinem Vorgänger, auch mit ihr beschäftigt.

In den deutschen Auslandsschulen treffen sich zwei sehr verschiedene Gruppen von Schülern: zum einen die Kinder deutscher Eltern, die für kürzere oder längere Zeit im Ausland leben, zum anderen die Kinder einheimischer Eltern, die

Deutschland unterhalten oder aber von einer deutschen Schule eine besonders gute und nützliche Ausbildung erwarten. Die Initiative des Ausschusses zielt auf beide Gruppen: Sie soll die deutschen Kinder enger an die eigene Kultur binden und mit den ausländischen eine der deutschen Sprache mächtige und mit Deutschland vertraute Elite bilden und fördern. Und dies soll auch in Regionen geschehen, in denen die deutsche Kultur bisher kaum präsent war, in den Staaten der GUS und in China, in Indien und Brasilien, in Afrika. Dies werde, so verspricht der Antrag, eine „Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Deutschland“ zur Folge haben.

Wer zahlt, darf dienen

Tatsächlich liegen die Verhältnisse nicht ganz so einfach. Denn es ist ja nicht einmal gewährleistet, dass die beiden Schülergruppen, die in einer Auslandsschule aufeinanderstoßen, die Kinder der Entsandten und die der Einheimischen, die gleichen Interessen verfolgen. An den meisten dieser Schulen dominieren seit langem die Einheimischen, was zur Folge hat, dass die Schüler untereinander das Deutsche als Fremdsprache behandeln, mit ganz eigenen Folgen für die Kinder der Entsandten. Gravierender aber ist, dass eine solche Auslandsschule - und noch mehr eine Partnerschule - den Regeln der jeweils nationalen Schulbehörden unterworfen ist. Was aber geschieht, wenn, wie es in vielen Ländern der Fall ist, eine zweite Fremd-

sprache überhaupt nicht vorgesehen ist? Ist das Deutsche dann eine Zusatzsprache, die freiwillig erlernt wird? Wer je an einer solchen Schule war, weiß, wie unendlich schwierig die Anpassung der Lehrpläne ist. Eine Verdopplung der Auslands- und Partnerschulen nimmt sich vor diesem Hintergrund einigermaßen utopisch aus. Oder anders gesagt: Sie wird genau so lang und so weit funktionieren, wie die Bundesrepublik die Lehrer, die Bücher, die Computer und am besten auch den Fahrdienst zahlt.

Und so gibt es einiges am Antrag des Unterausschusses für auswärtige Kulturpolitik, was nach einem schönen Plan klingt, nicht aber nach gründlicher Erfahrung. Das gleiche gilt auch für die Förderung des Goethe-Instituts, das über Jahrzehnten sehr stolz auf seine Unabhängigkeit war. Doch auch für das Regime des Reißbrettes gibt es einen Grund. Denn der plötzliche Wohlstand dieses Unternehmens hat einen Preis: Der größte Teil des neu zur Verfügung stehenden Geldes, so etwa die Afrika-Initiative, wird nur mit Hilfe des Goethe-Instituts ausgegeben, gehört aber dem Auswärtigen Amt, das letztlich die Aufgaben definiert und den Ruhm beansprucht. In sofern besitzt die unerwartete Großzügigkeit dieses Ministeriums in Kulturfragen ein politisches Fundament: In größerer Nähe zum Staat als heute hat sich die auswärtige Kulturarbeit nie befunden. Auch darauf hätte der Ausschuss zu achten - kritisch. THOMAS STEINFELD